

3249/J XX.GP

der Abgeordneten Dr. Graf
und Kollegen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend: Zukunft der Bundessportschule Spitzerberg

Die 14 Beschäftigten der Bundessportschule am Spitzerberg in Bad Deutsch Altenburg sind besorgt. Ende des Jahres wird es diese Schule in der jetzigen Form nicht mehr geben. Wie aber die Zukunft aussieht, das wissen die Beschäftigten heute, 2 Monate vor der Veränderung, nicht. Es gibt Gerüchte, daß die Schule verkauft werden soll, dann wiederum munkelt man, daß sie verpachtet wird. Konkrete Aussagen bekommen die Beschäftigten von den zuständigen Behörden aber nicht.

Bei diesen Beschäftigten handelt sich um langgediente Angestellte, deren Dienstvertrag keine Pragmatisierung vorsieht und deren Einsatzort am Spitzerberg festgesetzt ist. Es wurde ihnen versichert, daß mit Ende des Jahres keine Kündigungen ausgesprochen werden.

Weiters wurde diese Bundesschule in den letzten Jahren mit hohem Geldaufwand renoviert und erweitert.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

Anfrage

1) Wird diese Bundesschule verkauft?

Wenn ja, gibt es hierfür eine öffentliche Ausschreibung?

Wenn nein, warum nicht?

Wenn ja, wie lautet diese?

2) Gibt es Interessenten für einen Kauf dieser Bundessportschule?

Wenn ja: Wer sind diese und wie lautet deren Angebot?

3) Wird diese Bundesschule verpachtet?

Wenn ja, gibt es hierfür eine öffentliche Ausschreibung?

Wenn nein, warum nicht?

Wenn ja, wie lautet diese

- 4) Gibt es Interessenten für eine Pacht dieser Bundessportschule?
Wenn ja, wer sind diese und wie lautet deren Angebot?
- 5) Wenn diese Schule weder verkauft noch verpachtet wird welche Pläne gibt es seitens des Bundes diese Schule betreffend?
- 6) Wie hoch sind die finanziellen Mittel die dieser Schule vom Bund zur Verfügung gestellt werden?
Wie hoch werden sie im nächsten Jahr sein?
- 7) Können Sie garantieren, daß die Beschäftigten auch nach der Übernahme im Dienstverhältnis bleiben können?
Wenn ja, wird es Einkommenseinbußen geben?
Wird sich der Einsatzort verändern?
Wenn nein, wieso wurde dies den Beschäftigten vorenthalten?